

Für Halle vierteljährlich bei vorläufiger Aufstellung 2,50 M., durch die Zeit 8,25 M., anseits Aufstellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Briefsorten ausgenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Bereichnis unter "Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unvollständig eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Abbestellung nur mit Quittungsbogen "Saale-Blg." gestattet.

Verantwortlich für Redaktion: Hr. 1140; für Anzeigen-Abteilung: Hr. 176; für Abkommensabteilung: Hr. 1138.

weden die Egehaltene Kolonelle oder deren Mann mit 20 Wfg. auf 20 Wfg. berechnet und in unvollständigen Fällen und anderen Expeditionen angemessen. Neumann die Seite 75 Pf. für Halle, außerhalb 1 M.

Erstausgabe täglich jedenmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Brauerstraße 17; Nebredaktionsstelle: Markt 24.

Saale-Beitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Nr. 569.

Halle a. S., Dienstag, den 6. Dezember.

1910.

Professor Bernhard.

Die Pistolenerforderung des im Jahre 1907 aus Kiel an die Berliner Unterwelt berufenen Professors Ludwig Bernhard an den Prof. Sering von der philosophischen Fakultät der Alma mater Berlinensis beschäftigt seit gestern die reichshauptstädtische Presse. Mit Recht. Denn eine "inner-akademische Angelegenheit", wie manche behaupten, denen die Aufzählung der ganzen eigentümlichen Affäre peinlich ist — die einen wenig harmonischen Nachklang zu den mit so großem Pomp begangenen Jubiläumserfeiern bildet — ist der Fall Bernhard-Sering heute denn doch nicht mehr!

Man fürchtet offenbar eine wenig nachsichtsvolle Kritik, in der die philosophische Fakultät, die dem Professor Bernhard von vornherein mit starkem Mißbehagen begegnete, sich abzeichnen wird. Wie auch die Sache gebracht werden und wie auch das schwebende Verfahren, das die Gesamtheit des Streites zu einem wenigstens formellen Abschluß bringen soll, ausfallen mag, dem jungen Nationalökonom Bernhard ist seit seiner Berufung übel mitgespielt worden. Bernhard wurde, nachdem er logischerweise den geforderten Revers unterschrieben hatte, sich der herkömmlichen Verteilung der Hauptvorlesungen über Nationalökonomie durch die Ordinarien zu sagen, bei der Beteiligung der Vorlesungen mit besonderer Rücksicht übergegangen. Der Revers sollte zum Marktführer und der "Eindringling" — damit an die Wand gedrückt oder fortgeekelt werden. Rasch entschlossen durchließ Bernhard diesen papierenen Knoten und sagte sich von dem Geschriebenen, das die Behaupten seinerzeit fürnehmlich verlangt hatten, und dessen Inhalt sie nun Semester für Semester so fürnehmlich — negieren, los! Wortbruch gegen — Wortbruch, Similia similibus.

Professor Bernhard liebt also mit fromem: "Ich hab's gemagt" in diesem Semester ein Kolleg über Nationalökonomie. Deshalb Sturm in allen mehrfach verteidigten Regionen! Da Bernhard keine pflaumenweiche Natur ist und ein fräftiges Wort und der Zusage Donnerkeil immer noch die beste Waffe — auch auf dem Katheder darstellt, so großt der Donner schon in einer seiner ersten Vorlesungen, die er in der "Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung" hält, in welcher der junge Professor auf das ihm zugeworfene Unrecht zu sprechen kommt. Druck erzeugt Gegenruck. Nun fühlte sich aber die nationalökonomischen Professoren der philosophischen Fakultät durch die von Bernhard geübten Redewendungen beleidigt, und es entspann sich sofort eine lebhafte Pressepolemik, in der beide Parteien ihre Ansichten recht scharf verfochten.

Die Forderung Bernhards, als Ende vom Biede, erfolgte als Antwort auf einen Brief, in dem Prof. Sering, zugleich im Namen Schmollers und Wagners, Bernhard Wortbruch zum Vorwurf machte und den Abschluß aller persönlichen Beziehungen zu ihm aussprach. Sering hat dem Vertreter Bernhards dann erklärt, daß er dessen Forderung annehme; später wurden jedoch verschiedene Bedingungen gestellt, und das führte, wenn die "R. Z. a. W." recht unterrichtet ist, dazu, daß der Zweitkampf nicht zustande kam.

Bei aller Sympathie für Bernhard muß nur das eine leuchtend bedauert werden, daß er glaubt, die Pistole notwendig zu haben, um sich sein Recht zu erlangen. Ganz in unserem Sinne schießt auch das "R. Z. a. W." durch früher ist es ja vorgekommen, daß der törichten Duellmänner Männer von wissenschaftlichem Rang zum Opfer fielen. Der Tod Ferdinand Lassalles im Duell wird immer als ein Verweis für die Fortentwicklung der sozialen Erkenntnis erscheinen. Aber Lassalle kämpfte doch wenigstens nicht um Theorien. Es war eine der üblichen Liebesgeschichten, um deren willen er sich vor die Pistole seines Gegners stellte. Auch in solchem Falle ist natürlich das Duell noch dumm. Aber man versteht bei derartigen primitiven Reaktionen wenigstens den Zweck der Werbung; der andere soll ausgeschaltet werden. Der "Keuzer" blieb es vorbehalten, auch bei wissenschaftlichen Streitfragen die Ordnung mit der Pistole wiederherzustellen. Wir haben es herrlich weit gebracht. Wer in der Wissenschaft vorwärtskommen will, der braucht künftig keine Waffen mehr zu wählen. Er wird sich am besten vorbereiten, wenn er sich im Pistolenschuß übt und seine Konkurrenten niederknallt.

Dafür gibt es doch noch andere Mittel, von denen die Stucht in die Öffentlichkeit nicht das schlechteste ist. — Welchen Eindruck muß es auf die Lernenden machen, wenn die Lehrer des Forums als die Geistesherrscher das „Gottesgericht“ anrufen, das das traurigste Uebelthäter der Landstreicherei darstellt? —

Deutscher Reichstag.

94. Sitzung vom Montag, den 5. Dezember. Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Caspar. Präsident Graf Schwerin-Bönig eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Verlesenerklärung des Abg. Will (Str.-B.). Die Kommission hat den Entwurf der Regierung in einigen wesentlichen Punkten geändert und insbesondere mit gewissen Veränderungen — bis zu 25 Prozent der beiderseitigen Kammermitglieder und mit der Bindung einer früheren mindestens dreijährigen Zugehörigkeit zu den beteiligten Gewerbetreibenden als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer und einem mindestens einjährigen Wohnsitz im Bezirk der Arbeitskammer — die Wählbarkeit der Sekretäre der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen beschlossen.

Die Sozialdemokraten wiederholten bei § 1 des Gesetzes ihren in der Kommission abgelegten Antrag, an Stelle dieses Gesetzentwurfs ein Gesetz auf völlig neuer Grundlage aufzubauen, das flächenförmig ein Reichsarbeitsamt, ein Arbeitsamt für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde und als Unterbau Arbeiterkammern für den Bezirk jedes Arbeitsamts errichten.

Abg. Wiedberg (Str.): Meine Parteifreunde werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen und sich der Stellung weiterer Anträge enthalten, um die Verabreichung des Gesetzes nicht aufzuhalten. Wir sind grundsätzlich für Arbeitskammern, und nicht, wie die Sozialdemokraten es wollen, für Arbeiterkammern. Wir lehnen den Antrag der Sozialdemokraten, der das Gesetz auf eine völlig neue Grundlage stellt, ab, schon deshalb, weil die Kommission ihre ganze Arbeit von neuem beginnen müßte. Die Organisation, wie sie die Sozialdemokraten wollen, würde den ganzen Behördensystem des Reiches und der Einflußkreise zerstören. Wir wollen nicht, wie die Sozialdemokraten, ein selbständiges Reichsarbeitsamt neben dem Reichsamt des Innern, sondern wir denken es uns als Hilfsorganisation des Reichsamts des Innern. Für Arbeiterkammern als besondere Vertretungen der Arbeiter ist kein Bedürfnis mehr, da die Gewerkschaften die Aufgabe der Statusvertretung der Arbeiter durchaus und voll erfüllen. Wir stimmen also für die parlamentarischen Kammer im Sinne der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Reigien (Soc.): Noch in letzter Stunde erlaube ich Sie, sich auf den Boden unseres Antrages zu stellen. Hinter der Bedeutung der Sache muß die Rücksicht, eine Verzögerung zu vermeiden, zurücktreten. Wir müssen ein selbständiges Arbeitsamt haben, denn das Reichsamt des Innern ist, für Arbeiterfragen wenigstens, überlastet.

Abg. Graf Westarp (kons.): Theoretisch wird man dem Gedanken der Friedensorganisation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ohne weiteres zustimmen können. Der Gedanke, unter unparteiischer Leitung gemeinsame Angelegenheiten besetzen zu lassen, hat etwas Beruhendes. Zur Ausführung des Gedankens gehört aber Sympathie und Verständnis auf beiden beteiligten Seiten. Statt dessen aber begehen wir dem schlauesten Widerspruch bei den Arbeitgebern, und soeben haben wir auch die Ablehnung durch den Vertreter der Sozialdemokraten gehört. Wir würden statt eines Friedensinstruments nichts weiter schaffen als Gelegenheit zum Kampf. Erfahrungsgemäß mißbraucht die sozialdemokratische Parteileitung ihre Veranlassung sozialen Charakters dazu, sozialdemokratischen, revolutionären Geist in die Massen einzubringen. (Geächel bei den Soc., lebhafter Zustimmung rechts und bei den übrigen bürgerlichen Parteien.) Sie benutzt sie zur Verhärzung ihrer Gewaltthätigkeit und Betätigung ihres Agitationsbedürfnisses, ihrer Verwöhnung. (Lachen der Soc.; erneute Andeutungen der bürgerlichen Parteien.) Dazu dienen επίσης die Wahlen zu solchen Veranlassungen und dann die Tätigkeit in ihnen selbst. Wir werden im Laufe dieser Verhandlung uns ja noch über die Verhältnisse in den Kantonsräten unterhalten. Auch die Arbeitskammern werden nicht dem Frieden dienen können, weil die Sozialdemokratie es nicht dazu kommen lassen wird. Diese Behauptung erfüllt uns schon mit lebhaftem Bedenken gegen die Regierungsvorlage selbst. Die Kommission hat die Regierungsvorlage aber noch überaus schwer verwickelt; vor allem in § 7 die Einführung der Eigenbahnerbeit in die Arbeitskammern, dann die Verabreichung des wesentlichen Amtes, das passive Wahlrecht auch der weiblichen Arbeiter und ferner insbesondere die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre. In der gleichen Richtung liegen unsere Befürchtungen bei dem Kommissionsbeschluss, wonach die Verhandlungen der Kammer öffentlichlich sein sollen. Die Mitglieder der Kammer werden unter sozialdemokratischem Terrorismus und Boykott stehen und sie werden stimmen und reden müssen, wie es ihnen von der sozialdemokratischen Parteileitung vorgeschrieben wird. Die Bedenken, aus denen ein großer Teil meiner Freunde schon zu Anfang sich gegen die Vorlage erhebt, haben sich durch die Ereignisse inzwischen erheblich verstärkt und sind durch die Kommissionsbeschlüsse so schwer gewandert, daß wir, ich glaube wohl sagen zu können, einstimmig dagegen stimmen werden. (Beifall rechts, ironische Zurufe von den Soc., erneuter lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Mang (fortsch. Sp.): Das war eine Rekrüde! (Beifall links, Widerspruch rechts.) Wir werden das Gesetz in der Hauptfrage und in der vorliegenden Form annehmen, um den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen, die ebenso wie andere Erwerbsgruppen ein Mitsitz haben wollen, in dem sie ihre Interessen vertreten können. Ich hoffe, daß in den Arbeitskammern der Geist des Friedens gestiftet wird, daß die Gegenseite abgeheilt werden, daß im Interesse des sozialen Friedens ein Ausgleich geschaffen wird. Wir werden die Vorlage aber nur annehmen, wenn einige wesentliche Punkte darin bleiben. Und das sind gerade die Punkte, die der Redner hier innehmbar erklärt hat. Wir sind davon überzeugt, daß die Kammer in der vorliegenden Form mäßigfähig sind. Der Redner wies auf die Gefahr hin, daß die „revolutionären Elemente“ die anderen mitreißen würden. Das fürchten wir nicht. Ebenfalls in den Stadterhaltungen werden sie bei praktischer Arbeit gähm und ruhig werden.

Abg. Horn (Neuh. st.): Der sozialdemokratische Antrag hat nur agitatorische Bedeutung. Meine politischen Freunde stehen nach wie vor auf dem Boden der sachlichen Gliederung und der paritätischen Belegung. Die Arbeitskammern würden nur neue sozialdemokratische Organisationen sein. Und was soll ein Reichsarbeitsamt? In der sozialdemokratischen Presse ist ja kein Zweck dahin gekennzeichnet worden, den Wöthum der kapitalistischen Produktionsweise nachzuweisen. (Südt, hört!)

Abg. v. Dirlsch (Kn.): Für uns ist das Gesetz nach den Kommissionsbeschlüssen durchaus innehmbar. Es wäre wissenschaftlich wert, wenn die Regierung eine Erklärung abgibt, welche Stellung sie besonders bei der Frage der Arbeitererläutere einnimmt, das würde die Verhandlungen erheblich erleichtern. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Die Parität ist nur scheinbar; auch eine Anzahl Arbeitgeber, und nicht einmal ganz kleiner, steht so unter dem Druck der Sozialdemokratie, daß sie vollkommen zu ihr stimmen. Das scheinbar paritätische Organisationsinstrument nicht dem Frieden dienen, dafür liefern müßigkeitsvolle Beispiele die Verhältnisse im Ruhrgebiet, wo im Vorhanden des Knappschaftsvereins in Bismarck, der 250 000 Arbeiter vertritt, und aus 15 Vertretern aus beiden Seiten besteht, 15 Sozialdemokraten sind, mit dem Erfolg, daß eine geordnete Wirkung nicht möglich ist, weil sich die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Genau so ist es bei der Ortskrankenkasse in Dortmund, wo 110 sozialdemokratische Vertreter und 50 sozialdemokratische Gegenämter gewählt sind und nicht ein einziger aus anderen Parteien. (Hört, hört!) Unannehmlich sind uns die Kommissionsbeschlüsse, daß die Errichtung der Arbeitskammern auf Beschluß des Bundesrats statt der weniger zu beschließenden Zentralbehörde erfolgen soll; dann die Besetzung der Kammern, die die Einbeziehung der Gewerkschaften und völlig unannehmbar die Einführung der Arbeitersekretäre in die Kammern. Die Komposition, daß auch die Arbeitgeber berechtigt sein sollen, ihre Beamten einzuwählen, hat keine Bedeutung, denn die werden sich bedanken, Tag und Nacht sich mit den Sekretären der Arbeitgeberorganisationen herumzuputzen. Aber auch ohne diese Kommissionsbeschlüsse ist das Gesetz zum mindesten unbedeutlich, wenn nicht bedenklich. Wir würden ein sozialpolitisches Experiment machen, ohne zwingenden Grund eine Kammer schaffen, über deren Wirksamkeit wir uns ein klares Bild nicht machen können. Die Erfahrungen im Ausland sprechen gegen die Kammern. Und nun die Hauptsache: fast einmütig lehnt die Industrie sie ab: der Deutsche Handelstag, die Handels- und Gewerbetämmer, der Bund der Industriellen, der Zentralverband Deutscher Industrieller, die große Mehrheit der Handelskammern und in den letzten Tagen noch eine Anzahl der Deutschen Zunderindustrie und des Bergbaus gegnerischen Interessen. Die Beteiligten, die in den Kammern arbeiten, die die Kosten zu bezahlen fallen, wollen von ihnen nichts wissen und Mangel an Sperrwilligkeit und sozialpolitisches Verständnis wird man dem deutschen Arbeitgeberstande nicht abspinnen können. Die Freunde der Arbeitskammern haben ja offenbar ausgeproben: Sie wollen die konstitutionelle Parität und das parlamentarische System in den Betrieben. Da werden Sie aber schwerlich noch jemand finden, der sich als Arbeitgeber ergibt. Sillow hat noch 1909 im Abgeordnetenhaus auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Autorität und auf die sozialdemokratische Gefahr hingewiesen. Der Regierung ist ja auch die Gefahr nicht entgangen, für ihre staatslichen Arbeiter bedankt sie sich schon. Und dann: Die Arbeitskammer ist ja nicht der Abschluß einer Entwicklung, sondern der Anfang einer neuen und abschließlichen. Von der Arbeitskammer kommen wir zur Arbeiterkammer und zur Einrichtung obligatorischer Arbeitskammern und zum Verhandlungsgang. Wer heute für dieses Gesetz stimmt, muß sich klar werden, daß er morgen über dieses Gesetz für die Industrie faßt. Man macht sich in der Regierung wohl keinen Begriff davon, wie die Stimmung in der deutschen Industrie ist. (Südt, hört!) In der ersten Sitzung meinte der Staatssekretär, man solle mit einem gewissen Optimismus aus dieses Gesetz herantreten. Inzwischen haben wir Arbeiterausstände der bedenklichsten Art gehabt, da stellt mir Optimismus und Idealismus jenes Verständnis. Denken Sie an die Worte, die Handelsminister Sydow in Dortmund bei der Einweihung des neuen Oberbergamts sprach, daß die Wahlen zu den Knappschaften ausschließlich aus politischen Standpunkt erfolgen und bei der Wahl der Sicherheitsmänner nicht Sachkenntnis oder Erfahrung, sondern vor allem das Maß eines politischen Kapitalismus entscheidend war, und daß die besten Absichten Gefahr laufen, in ihr Gegenteil verkehrt zu werden. (Südt, hört!) Und der letzte Staatssekretär lagte als Minister des Innern bei der Wahl von Arbeiterkontrollen in Abgeordnetenhaus: Wir müssen bei allen sozialpolitischen Maßnahmen immer daran denken, daß sie nicht zu politischen Einrichtungen werden, die zur Förderung des sozialen Friedens zum sozialen Frieden führen. Diese goldenen Worte möchte ich über die Tiraden Arbeitskammergesetzes schreiben. Ich bin kein industrieller Schatzmacher, aber wir dürfen nicht nur für gewisse Arbeiter- und Arbeitgeber arbeiten, sondern an dem ganze Vaterland

denen, und auch an die Arbeitgeber. Vestigia terrant. (Weisfall rechts).

Staatssekretär Desbaillet: Der sozialdemokratische Antrag ist für uns unannehmbar, weil er unveränderbar mit dem staatsrechtlichen Konstitution des Reiches. Es würde bedauerliche Organisationen schaffen, die zum Teil sogar über den Behörden des Reichs und der Bundesstaaten stehen lassen. Es ist auch unmöglich, die Sozialpolitik loszulösen vom Reichsamt des Innern. Die verschiedenen Regierungen haben schon 1908/1909 in einigen Punkten der Kommission ein „unannehmbar“ entgegengekehrt. Seitdem haben sich die Verhältnisse wenig geändert. Es ist mindestens nicht möglich, was dem Optimismus der Freunde der Vorlage noch folgern könnte. (Sehr richtig! rechts und bei den Mitgl.) Gerade die Erwägungen in Macht legen die Frage nahe, ob der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt zweckmäßig ist. (Hört, hört! rechts.) Gemäß ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie wenig geeignet, unser Vertrauen in die Tätigkeit derartigen Institutionen zu vergrößern. Aber die Zeiten werden sich ändern, meine Herren. (Sehr. Weisfall rechts.) In diesem Punkt bin ich allerdings Optimist und deshalb halte ich an dem Wunsch fest, daß der Gesetzentwurf verabschiedet werde, aber mit einer Veränderung. Wir können nicht Bestimmungen hincinsetzen lassen, die wir nach unserem pflichtmäßigen Ermessen nicht für richtig halten. Es würde mit der Verfassung des Deutschen Reiches nicht im Einklang stehen, wenn der Bundesrat bestimmen sollte, daß Arbeitskammern zu errichten sind. Er scheint auf sehr zweifelhafte, als der Bundesrat sich bereit finden lassen wird, einem Einzelstaat eine Arbeitskammer zu akzeptieren. Beweiserlich ist noch die Bestimmung über das passive Wahlrecht. Mit aller Entschiedenheit müssen sich die Bundesämter Regierungen dagegen wenden, daß die Arbeiter aus dem Verfall der Eisenbahn auch als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes aufgefaßt werden sollten. Auch in Frankreich will man die Arbeitnehmer der Eisenbahn aus den Organisationen herausrechnen. Und nun sollen wir einen Schritt tun, der von der Regierung in Frankreich ausdrücklich gemißbilligt wurde? Wir halten die Maß der Arbeiterverträge in der Arbeitskammern nicht für angebracht. Es ist mit auch kein industrieller Verband bekannt geworden, der sich für die Wahl von Arbeitervertretern ausgesprochen hätte. Wenn in der Presse berichtet wird, daß der Kaiser von Wank geändert habe, daß die Reichsverfassungserordnung bald zutande kommt, so ist mit nicht bekannt, daß der Kaiser von der Reichsverfassungserordnung gesprochen hat. Diese Rechte kann er wohl von einer Seite, der einen Seite, sich zu hindern, dieses Gesetz zustande zu bringen. (Sehr. Hört, hört! Weisfall rechts und bei den Mitgl.)

Abg. Behrens (Witfsch. Vgg.): Die nationalgerneinten Arbeiter wünschen das Zustandekommen des Gesetzes. Darauf sollte die höchste Rücksicht nehmen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Die Sozialpolitik ist notwendig aus der Zukunft, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung unseres Volkes heraus. Man darf nicht die ganze Arbeiterkraft darunter leiden lassen, wenn das Tun und Treiben eines kleinen Teiles der Arbeiterkräfte, wie es die Sozialdemokratie ist, unpatriotisch ist. Man soll nicht immer fragen: welche Wirkung wird das auf die Sozialdemokratie haben? Nicht alle Arbeitgeber sind gegen das Gesetz, so nicht der Landtagsabgeordnete Wittich, ein hervorragender Führer im Bauernstand. (Hört, hört! links.) Sollten Sie an dem Arbeitervertragswesen glauben?

Abg. Kautsky (Pol.): Es befand Freude haben wir an dem Gesetz nicht. Wir werden ihm aber zustimmen, wenn die Verordnungen der Kommission befreit werden.

Abg. Dr. Baumann (Fortf. Sp.): Die Einführung eines Reichsarbeitsamts kann hier nicht so nebenbei erfolgen. Die Besetzung der Arbeitskammern sind durch die Kommission ein wenig erweitert worden, aber nicht genügend. Vor lauter Gutachten, Wohlthat und Anregungen werden die Kammern gar nicht dazu kommen, ein wirklich funktionierendes Körper zu sein. Aber freilich, je schlechter sie sind, desto angenehmer ist es der Rechten. Die Rede des Grafen Westarp erinnere an Meibohm. (Sehr richtig! links.) Er hat in eine rein sozial-politische Debatte politische Gesichtspunkte getragen. Wie Herr v. Heppbrand bei der Kaiserliche Dekrete, so haben heute Graf Westarp und Herr v. Dirlfen der Regierung Drohe gegeben: Regierung bleibe hart, gibt nicht nach. Man macht wieder in England. Wir von der Linken wünschen auf dem Boden der freihandlichen Selbstverwaltung, die die deutsche Sozialdemokratie in neuester, durchlässige Behandlung und fähige Politik. Warum will man die Eisenbahnarbeiter ausschließen? Sind die Arbeiter in den Eisenbahnen etwas anderes, als die Arbeiter in den Zingenerbetrieben? (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Desbaillet: Wir können die Verfallärbeiter der Eisenbahn nicht in das Gesetz einschließen, denn auf sie diener der dauernden Betriebsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen. Eine Betriebsfähigkeits kann, wenn sie nicht funktioniert, genau so lahmlegend für den ganzen Betrieb sein, als das Verlangen irgend einer anderen Arbeiterkolonne.

Abg. Boger (Sog.): Sind denn die Eisenbahnarbeiter Staatsbürger minderen Rechts? Die Zeiten werden sich ändern, aber so, daß dem Staatssekretär die Augen übergehen werden. Graf Westarp lehnt noch Ausnahmsregeln gegen die Arbeiter. Herr v. Dirlfen stimmte ihm zu und Sie wollen Arbeiterinteressen vertreten?

Abg. Dr. Heister (Str.): Die Argumentationen der Herren von der Rechten waren nicht schlüssig. Hat nicht der Reichsminister selbst die Notwendigkeit dieses Gesetzes anerkannt? Die Diskussion schließt. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt und § 1 in der Kommissionsfassung angenommen. Weiterberatung Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Zwei Landtagsjahrhundert.

# Aus Breslau, 5. Dezember, wird gemeldet: Bei der heutigen Landtagsjahrsfeier erhielt der von den Konventionen unterstützte Zentrumskandidat Kaufmann Vogel 820, Handelskammermitglied Dr. Ehlers (fortschrittliche Volkspartei) 478, Redakteur Voche (Sozialist) 355 Stimmen. Daher muß eine Stichwahl zwischen Vogel und Dr. Ehlers stattfinden, wobei die Sozialdemokraten gemäß ihrem geliebten Parteibefehl Ehlers wählen werden.

# Aus Weisbach, 5. Dezember, meldet der Druck: In der Landtagswahl wurde der fortschrittliche Kandidat Wente mit 202 gegen 187 Stimmen gewählt. Sieben Sozialdemokraten stimmten für den fortschrittlichen Kandidaten.

### Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

# Der Senatsrat des Reichstags trat am Montag zusammen, um über den Arbeitsplan für die nächste Zeit zu beraten. Man einigte sich dahin, daß es im allgemeinen bei den bisherigen Dispositionen bleiben soll. Danach wird die zweite Sitzung des Arbeitsamts am morgigen heute durch-

geführt werden. Am Mittwoch soll ein Gesamtsitzung abgehalten und der konzentrierte Mittelfeldantrag weiterverarbeitet werden. Am Donnerstag findet wegen des tatjohlichen Feiertages keine Sitzung statt. Die erste Sitzung des Reichstags beginnt am Freitag. Reichsminister v. Bethmann Hollweg hat zwar mitteilen lassen, daß er an diesem Tage den Verhandlungen des Reichstages nicht teilnehmen könne. Nichtsozialdemokratische einigte man sich dahin, die Entscheidung am Freitag zu beginnen, da der Reichsminister ja an den folgenden Tagen noch Gelegenheit habe, in die Debatte einzutreten. Am Mittwoch oder spätestens Donnerstag der nächsten Woche soll die erste Sitzung des Reichstags abgeschlossen werden, worauf die Weihnachtsferien beginnen.

### Konturrenzantrag.

Ueber eine gesetzliche Regelung der Bestimmungen über die Konturrenzanträge haben in letzter Zeit im Reichsamt des Innern Ermögungen nach verschiedenen Richtungen hin stattgefunden. Es waren Vorarbeiten gemacht worden, die auf den Grundgedanken der bescheidenen Kerzen beruhen und der Grundgedanke angefaßt worden, daß den Angehörigen für die Beschränkung aus der Konturrenzanträge eine Entschädigung geboten werden müsse. Diese Vorläufe sind den Handelskammern und den Kaufmannsgerichten zur Begutachtung übergeben worden. Aus den bisher eingelaufenen Antworten geht hervor, daß diese Interessenvertretungen an den Vorläufen der Reichsregierung Überänderungen wünschen. Eine Vorlage, die die Frage der Konturrenzanträge regeln wird, wird dem Reichstage deshalb voraussichtlich erst nach den Neuwahlen zugehen.

## Parteinachrichten.

Friedberg (Neumark), 5. Dez. Eine hier abgehaltene, aus allen Teilen des Kreises Friedberg und Arnswalde stark besuchte Vertrauensmännerversammlung beschloß die Wiedererrichtung der Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn zum nächsten Reichstag und Landtag. Später folgte eine große Volksversammlung. Die Vertrauensmänner der beiden Kreise beschloßen die Kandidaturen des Reichstags für die Wahlkreise für Schlosser-Kraton, Friedrich-Berlin für Dit- und Westerbund sowie Bestimmung von Dr. Krone, Garzinski, Fische, Kolmar, Drumburg, Schwelbent, Mejer, Pempt.

# Wittenberg (Bez. Halle), 5. Dez. In unserem Wahlkreis Wittenberg-Schweiging ist H. Wittenberg „Tabl.“ für die nächste Reichstagswahl Herr Major Leitzte in Neubd. ein Kreis-eingewiesener, von den Konventionen und vom Bundes der Landwirte als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden.

### Kleine politische Nachrichten.

# Was Dresden meldet man: Die verschiedenartig verbreitete Meinung, Sachse habe sich mit Österreich über die Einführung von Schiffsahrtsgesetzen verhandelt, wird von zuverlässiger Seite als unwohl begründet. — In Nürnberg erfolgte die Gründung eines bayrischen Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei in Nürnberg, der später nach Nürnberg verlegt werden soll. Die Tagung erörterte die bayrische Wirtschaftspolitik und nahm Stellung zu den Reichstagswohlen in Bayern.

### Hof- und Personalnachrichten.

Das Kronprinzenpaar auf Genoa. Das Programm für den weiteren Aufenthalt des Kronprinzenpaares auf Genoa ist etwas geändert worden. Die Kronprinzessin überließ nach dem Kaiserliche Kautel, was in der Nähe des augenblühlichen Jagdterrasse des Kronprinzen liegt, und wird auch einen Tag den Jagden in den Dschungeln bewohnen. Am Donnerstag feiert das Kronprinzenpaar nach Kanab zurück. Auf der Fahrt nach Trinomatika überschlug sich am Sonntag ein Gepäcka motorobil, wobei der englische Oberaufseher starb Schrammen davontrug. Die deutschen Diener blieben unversehrt. In der unalten königsstadt Anurahapur wurde die Kronprinzessin am Sonntag nachmittags die alten buddhistischen Heiligtemple im Jenseitempel und den heiligen 2000jährigen Baum. Der große Oberpriester erklärte die Heilig-tümer. Zum Schluß stimmten die Priester alle, glückbringende Gesänge an.

# Der Kaiser nahm am Montag im Neuen Palais bei Potsdam der Vortrag des Chefs des Zivilinstituts, Wirklichen Geh. Rats von Valentini entgegen. Die Kaiserin empfing im Neuen Palais den Generalgouverneur von Wien aus Tokio.

## Ausland.

### Der englische Wahlkampf.

# Aus London wird uns gemeldet: Die liberalen Wähler äußerten große Freude über die Wahlergebnisse vom Sonntag und erklärten, London habe ein glänzendes Beispiel gegeben. Die Unionisten hätten keine Aussicht, in Schottland, Irland und Wales Sitze zu gewinnen, und da sie schon über die meisten englischen Grafschaftsgebiete verfügten, so seien ihre Hoffnungen genau genommen auf 242 städtische Wahlkreise beschränkt. Von diesen seien aber über ein Viertel bereits betritten worden, und die Unionisten hätten dabei nur drei Sitze gewonnen. Sie seien bereits aus dem ersten Kampf geschlagen und distrebitiert herangezogen. Die Sache des Freihandels und eines freien Unter-taumpriesen stellt, zeigen sich aber von den bisherigen Reputa-tionen befreit. Sie erklären, wenn die Ergebnisse vom Sonntag ein Fingerzeig für das Gesamtergebnis seien, so sei das Ministerium Asquith bereits jetzt zur Ohnmacht verurteilt. England habe in nicht missgünstiger Weise den Fortschritt der Konstitution Halt geben. Die Unionisten betonen besonders ihre Siege in Lancashire, aber ihre Enttäuschung, namentlich über London, vertritt sich in vielen Unter-zugungen und hinterlegt sich auch wieder in den dringenden Aufrufen (die Unionisten in London, sich auszuraufen und die Situation zu retten.

Ueber das Stimmverhältnis berichtet folgende Depesche: London, 5. Dez. Bis 12 1/2 Uhr mittags waren zum Unterhaus gewählt 53 Liberale, 63 Unionisten, 3 Vertreter der Arbeiterpartei und 5 Anhänger John Redmonds. Die Wahlteilung ist diesmal etwas hinter der vom letzten Januar zurückgeblieben. Es sind Sonntag wohl 1500 Stimmen mehr für Liberale, aber 7000 weniger für unter-

stützte abgegeben worden. Die Niederlage Bonar Law's in Manchester gereicht den Liberalen zu ganz besonderer Gunst. Denn hauptsächlich, um diesem Kandidaten die Unterstützung der freihandlerischen Manchester-Unionisten zu gewinnen, hatte Mr. Balfour seine Zustimmung gegeben erklärt, daß die Tariffrage einem Referendum unterbreitet werden möge. Montag wurde in 17 Londoner, 57 Provinzial- und einem städtischen Distrikt gewählt.

### Hochverratsprozess.

# Aus Graz wird uns gemeldet: Vor dem Schwurgericht in Graz begann als besetzttem Gerichtshof die Verhandlung wegen Verbrechens des Hochverrats gegen 13 Personen, von welchen 12 in Triest und eine in Görz wohnen. Die Angeklagten werden beschuldigt, in den letzten zwei Jahren in Triest in Verbindung mit italienischen Kreisen Italiens die Anwerbung eines Freiwilligenkorps und dessen Aufrückerung an italienische Freiwilligenkorps beschloßen und gefördert zu haben, um einen bewaffneten Einfall in die sogenannten italienischen Provinzen Ostereiches zu unterziehen.

## Halle und Umgebung.

Halle, den 6. Dezember. Stadtverordneten-Sitzung.

An Vorsitzende die Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Justizrat Föhring, Baumeister Cgga, Fabrikant Grebler.

Es liegen drei Eingänge vor: Der 4. kommunale Bericht, das Budget für die Gemeinde und die Gegenüber dem Fabrikanten Cgga in Nummer im Interesse der Erleichterung des Verkehrs, der durch den Eingangs auf der Ackerstraße durchgeführt werden soll. Der Eingang geht an den Bauauschuss. Weiter bittet derselbe Verein um Sicherungsmittel an der Ackerstraße (Wegearbeiten) und ähnliche Einrichtungen an Straßenverengungen. Auch diese Petition wird dem Bauauschuss überwiesen.

Der Hallische Bürgerverein verlangt in einer Eingabe, das Stadttheater nicht mehr in der bisherigen Weise zu verpachten, sondern es in städtische Verwaltung zu übernehmen. Herr Stadtverordn. Dr. Busch teilt mit, daß in den nächsten Tagen in der gleichen Sache eine Magistratsvorlage zu erwarten stehe. Die Eingabe wird bis zum Erscheinen der Magistratsvorlage zurückgelegt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Punkt 1 betrifft die Errichtung eines

### Pavillons für kranke Säuglinge.

Herr Stv. Schmidt-Kimpler führt aus, daß die Säuglingsfürsorge ein Kapitel bildet, das ernste Aufmerksamkeit verdient. In Deutschland sterben jährlich von 1000 Säuglingen 257, in der Schweiz nur 159, in Frankreich auch nur 168. Das für Deutschland unangenehm Verhältnis wird beklagt werden. Nebenbei hat er, daß Halle schon jetzt für die Sache erhebliche Opfer bringt, und erläutert weiter nachstehende Magistratsvorlage:

Nach Vortrag vom 1. Juli 1907 haben die hiesigen Universitätskliniken die Verpflichtung, die der Stadt Armen-Krankenpflege unterliegenden Personen zum Verpflegungssatz von täglich 2,10 Mk. für Erwachsene und 1,45 Mk. für Kinder anzunehmen; der Betrag gilt bis zum 30. Sept. 1920. Von der restlich bestehenden Minderzahl, jährlich vierzig Säuglinge aus der Zahl der Zieh- und Pflegekinder wegen erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit klinisch behandeln zu lassen, konnte die Stadtverwaltung bisher keinen Gebrauch machen, weil die Universitätskliniken einer Krankenhausabteilung für Säuglinge entbehren. Da die Errichtung einer Kinderklinik vom Staate in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, wird der Mangel an Pflegeempfängern, die durch die Universitätskliniken eine Sammlung von 30000 Mk. zu funde gekommen, um daraus auf Universitätskosten den wenigstens einen sog. Kinderklinik zu errichten, der Staat zu fordern, den Bau zu gestatten und die noch zu gewöhnliche Baumkosten sowie die Betriebskosten zu bewilligen, verlangt aber eine städtische Sicherheit dafür, daß 15 jährlich verpflegte Säuglinge an 805 Verpflegungstagen im Jahre zu 1,45 Mk. in der Klinik untergebracht werden. Wird die Garantie gewährt, so sollen Baumkosten und Betriebskosten im Staatshaushaltsplan für 1911 vorgesehen werden. Die Unteroffizier hat den Magistrat um Übernahme der Garantie für die Zeit des Klinikkontrahes, also bis 30. Sept. 1920, ersucht. Der Magistrat hat darauf beschloßen, dem Erlauchen zu entsprechen.

Nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen wird die Zahl städtischer Zieh- und Pflegekinder unter einem Jahre, welche zur Anwendung erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit klinischer Behandlung bedürfen, dauernd wenigstens 15 betragen. Sowohl der Stadtarzt wie der städtische Kinderarzt (Dr. Bove) erklären das Bereitwilligen von 15 Betten zur Durchführung einer vollständigen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit unter den Pflege- und Ziehkindern, deren Zahl z. B. im September 1910 119 betrug — im Sommer noch mehr — für ein zweifelhaftes Windelmaß. Dr. Bove vertritt sich hierbei nicht nur auf seine Erfahrungen als Arzt der Zieh- und Pflegekinder, sondern auch auf seine Beobachtungen als früherer Assistent der Universitäts-Kinderklinik und als Arzt der städtischen Säuglings-Fürsorgestelle. Infolge des Mangels einer Klinik müssen die der klinischen Behandlung bedürftigen Zieh- und Pflegekinder in der Pflegeabteilung gehalten werden, in der sie untergebracht sind, und gehen deshalb zu erheblichem Teile ein.

In dem Säuglingsheim des katholischen Krankenhauses in der Barbarastrasse befinden sich gegenwärtig 30 Säuglinge. Der Eröffnung des diesjährigen Neubaus von dort nur 18 Säuglinge Aufnahme finden. Obwohl diese Abteilung nur auf einen sehr beschränkten Bevölkerungsteil angelegentlich ist, waren sofort nach der Erweiterung 25 Betten besetzt, und zwar zu 4 von Kindern zahlender Patienten.

Es demnach mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die städtische Verwaltung 15 Betten der neuen Station dauernd belegen wird, so hat die Übernahme der Garantie, die sich auf jährlich 7938 Mark 75 Pf. beläuft, nur einen formalen Charakter. Sollte der Verpflegungsumsatz die betreffenden Betten weniger als 15 betragen, so werden die betreffenden Betten zweifelslos von anderer Seite benötigt werden und dann nicht von der Stadt zu vergütet sein. Als sicher darf





Vermisches.

Schweres Eisenbahnunglück in England.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nähe von Willesden (Grafchaft Middlesex) ereignet.

London, 5. Dez. Nach der Kollision der beiden Züge erfüllen g räßliche Schreie der unter den Trümmern eingeklemmten Verwundeten die Luft.

Neue Erkrankungen aus Margarinevergiftung. Delfau, 5. Dez. In der Stadt Coswig erkrankten zahlreich Familien nach dem Genuß von Margarine unter Vergiftungserscheinungen.

Verdorbenen Kartoffelfalat.

Berlin, 5. Dez. Nach dem Genuß von Kartoffelfalat erkrankten am Comabendabend 500 Mann des Leibgardejägerregiments in Potsdam unter tödlichen Vergiftungserscheinungen.

Behaltung eines russischen Ritters. Der Petersburger Hausbesitzer Marchow wurde in Petersburg wegen Betruges verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Aus dem Ruhrkohlengebiet.

HTB. Bochum, 5. Dez. Viele Arbeiter des Schächtes 8 auf der Zeche Constanin in der Größe löste sich bei den Bohrarbeiten in einem Duerfluge ein großer Stein.

Der Dienstmädchenmord in Paris.

H. Paris, 5. Dez. Trotz eifrigster Nachforschung der Polizei nach dem Mörder des deutschen Dienstmädchens Knoll ist es nicht gelungen, seiner habhaft zu werden.

Protokoll gegen ein Oederurteil.

W. La Rodelle, 5. Dez. Die hiesigen Oederarbeiter lömte ihre Kameraden in Lapafite haben einen Märdigen Streit protokolliert zum Zeichen des Einspruchs gegen das Urteil des Schwurgerichtes in Nouen, das einen Kameraden, den Sekretär Durand des Oederarbeiterverbandes zum Tode verurteilt hat.

H. Ernort, 5. Dez. Präsident Diaz beiseitigt entschieden, eine Friedenskommission zur Verhandlung mit den Aufständischen entsandt zu haben.

Chicago, 5. Dez. Der Vorsitzende des Tarifboards hielt hier eine Rede, worin er ausführte, in den letzten Monaten sei eine Tarifrevision von niemand empfohlen worden.

Langer, 5. Dez. Nach französischer Meldung aus Jeso ist Sultan Sulaym Salih seine beabsichtigte Reise nach Maraschi bis nach Ende der winterlichen Regenzeit, also bis etwa April, hinauszugeschoben haben.

Luftschiffahrt.

Tödlicher Unfall eines Aviators.

Henryport, 5. Dez. Zu Solihull in Staffordshire ist gestern der 17-jährige Walter Archer mit seinem Apparat tödlich verunglückt.

23. Ziehung 5. Klasse 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for class, number, and amount. Includes sub-headers like 'Ziehung vom 5. Dezember vordemals' and 'Für die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigegeben'.

21. bis 50. Klasse 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes for classes 21-50, including columns for class, number, and amount. Includes sub-headers like 'Ziehung vom 5. Dezember nachmalig' and 'Für die Gewinne unter 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigegeben'.

Unterhaltungsblatt.

Eine feltame Hochzeitsteile. Roman von Arthur Adelstein. (Fort.) - Der Abschied auf Helgoland. Von Fritz Arens (Bremen).

Vertung. Wilhelm Georg.

Vertantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den literar. Teil, für Protokollnachrichten, Gerichts-, Handel-, Gewerbe- und Wissenschaftsnachrichten: Martin Reichmeyer; für den Anzeigen-Teil: Dr. Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel, Göttingen, in der Dorotheenstr.



Wie durch den Kursverlauf... Es bedeutet: 1/10 = 10%, 1/100 = 1%, 1/1000 = 0,1%

Berliner Börse, 1. Dez. 1919

Österreichische Fr. Lit. Lit. 100.000... Berlin, Bankdienst 5% Lombardfuß 5% Privatbank 4%

Main table containing market data for various sectors: Deutsche Pfandbriefe, Renten-Briefe, Anst. Finanz- u. Pfandbriefe, Schiffahrts-Anstalten, and Wechselkurs. Each entry includes a code, a name, and a numerical value.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional publication information.